

Sozialdemokrat

Zentrum der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Freitag, 27. April 1923.

Nr. 97.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Falsche Prophezeiungen.

Am 8. April, dem Tage der Inkraftsetzung des Schutzgesetzes, äußerten wir an dieser Stelle die Meinung, es sei nicht ausgeschlossen, daß die Koalitionsparteien, schon um sich vor ihren Wählern noch immer als brave Demokraten aufspielen zu können, dahin wirken, daß das Schutzgesetz nicht gleich in den allerersten Tagen seine die Freiheit der politischen Betätigung erscheidende Wirksamkeit entfalte. Unsere Meinung gründete sich auf die Tatsache, daß die Regierung auf die sofortige Anwendung des Gesetzes schon aus dem Grunde leicht verzichten konnte, da weit und breit kein „Hochverrat“ zu erpähnen war und für die werttagsüblichen Schikanierungen der oppositionellen Parteien und Zeitungen durch die Behörden die schon vorm Bestandenem Gesetze altösterreichischen Ursprungs mehr als ausreichend. In der Tat: durch das Schutzgesetz wurden nicht gleich in den ersten zwei Wochen die Gefängnisse mit politischen Verbrechern überfüllt, es dürfen noch, nach wie vor bewacht und kontrolliert, politische Versammlungen abgehalten werden und auch die Zeitungen dürfen noch sozusagen Meinungen äußern, das heißt, soweit es — wie es auch früher der Fall war — die empfangenen Weisungen, die Intelligenz und die Laune der Staatsanwälte zulassen: Es steht also gewissermaßen im tschechoslowakischen Paradies noch alles auf dem alten Fleck.

Das gab dem „Pravo Lidu“ vor einigen Tagen Veranlassung, über die „falschen Prophezeiungen“ der Gegner des Gesetzes zum Schutze der Republik sich zu ereifern. Drei Monate hindurch habe die oppositionelle Presse über die Folgen des Schutzgesetzes Prognosen gestellt, so daß jeder Gläubige vor Angst darüber beben mußte, was nach dem 8. April alles geschehen werde. Das Blatt spottet darüber, daß man nach den Bildern, die von der kommenden Verfehlung entworfen wurden, eine Art Bartholomäusnacht zur Ausrottung der Opposition erwartet hätte. Indessen sei gar nichts geschehen, das politische, wirtschaftliche und soziale Leben in der Republik gehe ruhig weiter, so daß es nun klar sei, wie die Bevölkerung Tag für Tag mit „bewußten Lügen und Unwahrheiten“ übersättigt aufgeregt worden sei. Nach dieser Richtung sei also alles Ueble, das den Wirkungen des Gesetzes nachgesagt worden sei, nicht im entferntesten eingetroffen, dagegen zeige der von der oppositionellen Presse seither angeschlagene „gewähltere, gemilderte und abgewogenere“ Ton, wie nützlich und notwendig das Gesetz gewesen sei. Eine Aenderung sei eingetreten, aber sie habe sich nur im Innern und im Denken derer vollzogen, welche sich bis dahin in die republikanischen Verhältnisse nicht einfügen wollten. Jetzt sei ihre Tätigkeit durch das Gesetz des Gesetzes lediglich in gewisse Verschwörerkreise zurückgedrängt, sie seien nun dem Staate nicht mehr so gefährlich, wie zur Zeit, da es ihnen möglich war, öffentlich auf der Straße, auf den Plätzen, in den Zeitungen, die breiten Massen der Staatsbürger aufzuheben.

Wir geben hier den Inhalt des Artikels ausführlicher wieder, weil er schon an und für sich für die Denkweise des tschechischen sozialdemokratischen Blattes Zeugnis ablegt. Aber noch mehr interessiert die Art der Verteidigung des Schutzgesetzes. Es gehört schon viel Phantasie dazu, eine „gewähltere, gemilderte und abgewogenere“ Schreibweise der Zeitungen seit der Geltung des Schutzgesetzes zu erblicken, denn diese heutige Schreibweise stimmt mit der früheren haargenau überein. Diese Phantasie entspringt der politischen Vorstellung, daß nur die drakonischsten Strafandrohungen die Regierungen der Opposition im Zaune zu erhalten vermögen, sie entspringt aber auch dem dringenden Bedürfnis der Wilschuldigen an der Schaffung des Schutzgesetzes, dem Gesetze „gute“ Folgen anzudichten. Ein noch größeres Maß von Phantasie aber zeigt die Behauptung von der Zurückdrängung der „Verschwöreraktivität“ in gewisse unterirdische Kreise. Das „Pravo Lidu“ wäre in glücklichster Verlegenheit, wenn

Gegen die Barbarei der Todesstrafe.

Rede des Abg. Genossen Hillebrand im Abgeordnetenhaus. — Dem Antrag unserer Genossen auf Abschaffung der Todesstrafe die Dringlichkeit nicht zuerkennen.

Im Interessenmittelpunkte der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stand der Antrag der Genossen Hillebrand, Dr. Cech und Cermak, es möge ihrem Antrage auf Abschaffung der Todesstrafe die Dringlichkeit der Behandlung zugebilligt werden. Da der Antrag bekanntlich 117 Stimmen trägt, so mußte über die Zuerkennung der Dringlichkeit abgestimmt werden. Vor der Abstimmung bewies Abg. Genosse Hillebrand in eindrucksvoller Rede, welche Schmach die Tschechoslowakei durch Beibehaltung der Todesstrafe auf sich lade. Doch die Koalitionsparteien, die in dem Antrage nur einen „Demonstrationsantrag“ sahen, scherten sich wenig um die Forderung der Menschlichkeit und — stimmten rücksichtslos den Antrag nieder. Die Proteste unserer Genossen quittierten sie mit dem bekannten Amseljuden: „Das Interesse des Staates erfordert es“. Dem Antrag unserer Genossen auf Abschaffung der Todesstrafe wurde somit das abgekürzte Verfahren nicht zuerkennen. Die Koalitionsparteien haben ja Zeit: Auf ein paar Gehängte mehr oder weniger kommt es ihnen nicht an.

204. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. nachmittags. Nach Annahme einiger Gesetzentwürfe der Regierung gelangt der Antrag der Genossen Hillebrand, Dr. Cech und Cermak, der eine dringliche Behandlung ihres Antrages auf Abschaffung der Todesstrafe fordert, zur Verhandlung. Zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrages ergrift

Abg. Genosse Hillebrand

das Wort und führt aus:
Als ein grauenvoller Rest mittelalterlicher Unkultur, als eine Barbarei, die das vorgesteck-

es wirklich, anstatt mit Worten zu spielen, diese „Verschwörerkreise“ nachweisen sollte. Jetzt dürfen diese Verschwörer nicht mehr „auf der Straße, auf den Plätzen“ die Staatsbürger öffentlich aufheben! Ja, wann war denn dies möglich? Und wenn es geschah: war nicht die Polizeigewalt gleich hinterher, um die „Hochverräter“ einzulockern? War die Polizei bis nun etwa müßig? Hat sie nicht sogar manche „Verschwörungen“ mit Argusaugen entdeckt, die gar nicht da waren? Und haben nicht die altösterreichischen Gesetze voll genügt, um die Möglichkeit zu haben, jeden „Hochverräter“ zu fassen und einzusperrern? Für die angeblich so wohlthätigen und erzieherischen Wirkungen des Schutzgesetzes sind die Dichtungen des „Pravo Lidu“ also jedenfalls ein sehr dürftiger Beweis.

Aber, so meint auch das Blatt, die Deffentlichkeit spüre an sich in keiner Weise die Wirksamkeit des Schutzgesetzes! Darauf ist zu sagen: es mag sein, daß die Bestimmungen des Gesetzes selbst in den ersten vierzehn Tagen noch keine allzu weittragende Anwendung gefunden haben, aber was kann dies gegen die Behauptung beweisen, daß das Gesetz einen ganzen Rattenkönig von Bestimmungen enthält, deren Anwendung wirklich der Erdrüttung jedweder Opposition gleich käme?! Soll etwa die vorläufig etwas vorsichtiger Anwendung des Schutzgesetzes beweisen, daß wir in einem Eldorado der Freiheit leben? Da möchten wir dem „Pravo Lidu“ zur Aufklärung mit einigen Tatsachen aus den allerletzten Tagen dienen. Einen Fall findet es heute an anderer Stelle des Blattes, der besagt, wie die Bezirksverwaltung von Aussig unsere dortige Maifeier beugelt. Die genannte Bezirksverwaltung hat den Maifestzug unserer Aufreger Genossen wegen — „Verbreitung unwahrer Nachrichten“ konfisziert, weil darin vom Wirken der Reaktion im Staate gesprochen wurde! Die selbe Behörde hat die Aufführung des Theater-

Ziel nicht erreicht, als ein Hohn auf die Menschlichkeit, ragt die Todesstrafe noch in unsere Tage hinein und unser Staat gehört zu jenen, die bisher die Entschlußkraft nicht besaßen, mit dieser Schmach zu brechen.

Wir deutsche Sozialdemokraten empfinden es als ein Gebot der Selbstachtung, alles, was in unseren Kräften steht, dazu beizutragen, um diese Schande auszulöschen. Wir betrachten die Todesstrafe als ein Ding, von dem wir uns ohne jedes Zögern losreißen müssen. Es ist dies gemeinsame Auffassung der Sozialisten aller Länder. Der internationale Kongreß von Kopenhagen im Jahre 1910 hat für alle sozialistischen Parteien verpflichtend beschlossen, den Kampf gegen die Todesstrafe aufzunehmen; in Durchführung dieses Beschlusses haben wir bereits im Wiener Reichsrat im Jahre 1911 und im Jahre 1918 wieder den Antrag auf Beseitigung der Todesstrafe eingebracht und in konsequenter Fortführung dieses Kampfes haben wir hier in diesem Hause bereits zum drittenmale den gleichen oder doch ähnlichen Antrag eingebracht.

Nun sind in jüngster Zeit zwei Ereignisse geschehen, die wie ein warnendes Signal auf uns gewirkt haben! In der ersten Jännerhälfte dieses Jahres vollzog sich in Labor die Hinrichtung des Raubmörders Robal und kurze Zeit darauf, im selben Monat noch, wurde im Prager Strafgerichtsgelände die Hinrichtung des Raubmörders Josef Kolinsky vollzogen. Sieht man von den Jahren des Weltkrieges ab, so ist festzustellen, daß innerhalb der letzten Jahrzehnte nicht eine einzige Hinrichtung in Prag vollzogen wurde, während jetzt in der kurzen Zeitspanne von zwei Wochen hintereinander die Hinrichtungen sich wiederholten. Dazu kommt der weitere Umstand, daß der Oberste Gerichtshof in einer ganzen Reihe von Fällen Todesurteile bestätigt hat, so daß die dringende Gefahr besteht, daß es zu einer Wiederholung dieser menschenwiderlichen Hinrichtungen kommen könnte. Das allein begründet die

stüdes „Die Waffen nieder“ wegen — „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ verboten! Sie maßt sich weiters an, die Standarten, die im Maifestzug mitgetragen werden sollen, einer Zensur zu unterwerfen und sie verlangt, daß ihr die Namen von etwa 50 Ordnern der Maifeier vorher genau bekanntgegeben werden! Die Organisation der sozialdemokratischen Jugendlichen hatte für eine Veranstaltung Plakate drucken lassen, die natürlich ohne jede Absicht auf gelbem Papier schwarze Lettern zeigten. Welches Papier, schwarze Lettern! Das erschien der Behörde im höchsten Grade der monarchistischen Gefinnung verdächtig! Sie beanstandete diese Plakate und erst über Intervention ließ sie sich herbei, ihre Affizierung zu erlauben! In Troppau wurde ein Vortrag des bekannten Sozialforschers Reichenstein verboten, ebenso ein Vortrag über das „Leben Jesu“ von Dreß, der von der Freidenkergesellschaft veranstaltet worden war, und der erst über Intervention beim Minister des Innern abgehalten werden durfte. Das alles ohne Schutzgesetz! Ist das nicht Drangsalierung der Arbeiterorganisationen und aller freisinnigen Bestrebungen genug?

Es geht also auch ohne direkte Anwendung des Schutzgesetzes. Da der Weizen der Reaktion so herrlich blüht, wäre es ein überflüssiger Kraftaufwand, auch noch das Schutzgesetz zu strapazieren. Aber das „Pravo Lidu“ lüchelt doch der Welt wenigstens nicht einzureden, die Demokratie und Freiheit sei hier so herrlich bestellt! Und was das Schutzgesetz selbst anbelangt, so wird wohl einmal und vielleicht in nicht allzuferner Zeit, nach den Erfahrungen, welche die tschechischen Sozialdemokraten selbst machen dürften, auch das „Pravo Lidu“ zu einer anderen Meinung darüber gelangen, auch wenn es heute diese Behauptung wieder als „falsche Prophezeiung“ erklären sollte!

eminente Dringlichkeit des Antrages, den wir Ihnen vorgelegt haben.

Unsere tschechischen Genossen haben nach einer Mitteilung ihres Zentralorgans unseren Antrag als eine Demonstration gegen den Präsidenten Masaryk aufzufassen versucht. Ich stehe einer solchen Auffassung völlig verständnislos gegenüber, da ich nicht begreife, daß die tschechischen Genossen unfähig sind, zu glauben, daß der sittliche Ernst uns zur Einbringung solcher Anträge treibt. Weil Sie vom Präsidenten Masaryk sprechen, so erinnern wir daran, wie gelegentlich der Einrichtung Kolinsky in tschechischen Blättern eine Notiz die Kunde machte, in der uns gesagt wurde, welche schwere erschütternde Gewissenskonflikte Präsident Masaryk gelegentlich der Unterzeichnung der Todesurteile hätte überwinden müssen. Hat es sich doch selbst der Kaiser von Oesterreich in den letzten Jahrzehnten abgewöhnt, Todesurteile zu bestätigen.

Es muß für den Humanisten und Philosophen, für den großen Streiter für Menschenrechte, Masaryk, wahrhaftig nicht leicht gewesen sein, sich zur Unterfertigung von Todesurteilen zu entschließen. Und wenn es geschehen konnte, so müssen mächtige politische Einflüsse vorhanden gewesen sein, die auf den Präsidenten Masaryk einzuwirken imstande waren.

Genosse Hillebrand wird zur Ordnung gerufen!

Präsident Tomasek: „Der Abg. Hillebrand hat sich in nicht taktvoller Weise mit der Person des Herrn Präsidenten befaßt. Ich habe nicht die Absicht, den Herrn Abgeordneten in seinem Rechte, die Tätigkeit des Herrn Präsidenten zu kritisieren, einzuschränken. Ich mache ihn jedoch darauf aufmerksam, daß der Präsident der Republik nach der Verfassung für die Tätigkeit seines Amtes nicht verantwortlich ist und daß für seine Erklärungen die Regierung die Verantwortung trägt, für seine Verfügungen jedoch stets dasjenige Mitglied der Regierung, das den betreffenden Akt mit seiner Unterschrift gegenzeichnet. Dieses Mitglied hat die Möglichkeit, gegebenenfalls die Pflicht, auf Angriffe zu eingehen. Anders ist es bei dem Oberhaupt des Staates, dessen Verteidigungsmöglichkeit sowohl verfassungsmäßig als auch politisch sehr beschränkt ist. Aus diesem Grunde halte ich es für sehr wenig taktvoll, wenn in der Parlamentsdebatte die Person des Herrn Präsidenten angefaßt wird. Ich weise die Ansprache des Herrn Redners jurid und rufe ihn dafür zur Ordnung.“ (Beifall auf den Bänken der tschechischen Parteien.)

Genosse Hillebrand: „Ich verstehe leider den Herrn Präsidenten des Hauses nicht, glaube aber entnehmen zu können, daß eine Kritik, die ich an dem Präsidenten geübt hätte, den Gegenstand der Ermahnung bildet. Meine Zuhörer wissen, daß ich versucht habe, den Präsidenten in Schutz zu nehmen, daß ich erklärt habe, politische Einflüsse müßten maßgebend gewesen sein, um dieses Ergebnis zu erzielen.“

Vorsitzender: „Ich erlaube dem Herrn Redner, mit dem Vorsitzenden nicht zu polemisieren.“

Genosse Hillebrand (fortfahrend): „Ich wollte dies anführen, um dem Hause klar zu machen, daß diese politischen Einflüsse die dringliche Behandlung des von uns eingebrachten Antrages erforderlich machten. Es kann sich die Abgeordnetenkammer zur dringlichen Behandlung um so früher entschließen, weil auch

die höchste Justizbehörde des Reiches, das Justizministerium, den Widersinn dieser Strafen erkannt und offen zugegeben hat.

Zu dem Entwurfe zum Strafgesetzbuch, das im Mai 1921 zur Veröffentlichung gelangte, heißt es im Motivenbericht ausdrücklich:

„Was die Todesstrafe betrifft, so steht der Entwurf grundsätzlich auf einem ablehnenden Standpunkte; denn abgesehen von anderen oft wiederholten Gründen, hält er dafür, daß eine weitestgehend durchgeführte langfristige Freiheitsstrafe die gleichen Ziele erreicht, ohne daß sie mit Gefährlichkeiten verbunden ist, welche die Todesstrafe stets zu einer unerwünschten Maßnahme macht.“

Das Justizministerium und die hinzugezogenen Sachleute waren sich also einig in der Erkenntnis, daß die Todesstrafe unsinnig, zweckwidrig und unerwünscht ist.

Es ist daher ein Spiel mit Menschenleben, wenn man erkennt, daß die Todesstrafe ihren Zweck nicht erfüllt und sie trotzdem noch weiter vollzieht. Es ist unmöglich, mit dieser Sache zu wariieren, bis die allgemeine Reform unseres Strafrechtes eintritt. Denn:

Die Todesstrafe ist nicht vergleichbar mit irgend einer anderen Strafe.

Sie ist nicht eigentliche Strafe im wirklichen Sinne des Wortes. Denn das wäre sie nur dann, wenn sie den eigentlichen Strafwirkung, nämlich auf den Gefährten zu wirken, erfüllen könnte.

Bedenken Sie ferner den ungeborenen, gar nicht abzumessenden Unterschied zwischen der höchsten und schwersten Kerkerstrafe und der Todesstrafe. Es fehlt jeder Uebergang, der hier verbinden würde. Man sagt zwar, daß seit Jahrtausenden die Todesstrafe vollzogen wurde. Mit welchem Rechte könnte man dann auch die Rechtfertigung für die Handhabung der Felleter ableiten, die Jahrhunderte hindurch geübt wurde. Man könnte daraus ableiten, daß die Exekutionen gerechtfertigt gewesen wären, weil sie durch Jahrhunderte von verschiedenen Völkern geübt wurden.

Schwer hat man diese Strafmaßnahme in der Strafrechtswissenschaft als barbarisch, unmenschlich, unbillig, böse und teuflisch empfunden. Es wird auch die Zeit kommen, in der die Menschheit verständigere Tat sache gegenüber stehen wird, daß man in unserem Zeitalter noch die Kraft aufbrachte, sich zu entschließen, ein so barbarisches mittelalterliches Strafmittel anzuwenden. Man sagt, man müsse die Gesellschaft vor dem Verbrecher schützen. Jawohl, das kann geschehen: In Gefängnissen und — für erblich Belastete, für Alkoholiker, für die Opfer unfer sozialer Ordnung, — in Krankenhäusern, in Trinkeranstalten, in Armenhäusern, in Stätten, wo sie von der übrigen Menschheit ferngehalten und aufwachsende gefest werden, Schäden zu stiften. Man sagt, die Befestigung der Todesstrafe würde zur Nachahmung des bösen Beispiels anregen. Haben Sie nun je gehört, daß ein Arzt das Recht besäße, im Interesse der Mitmenschen den Besessenen, den Cholerakranken, den Ruhrkranken mit dem Tode zu bestrafen, damit der andere nicht in Gefahr kommt, angesteckt zu werden und Schaden zu leiden? Man sagt, man handle aus Notwehr. Wie ist es aber in Wirklichkeit?

Der ganze ungeheure Apparat der Staatsgewalt wendet sich gegen einen, der wehrlos und hilflos wie ein Kind der Staatsgewalt, ihren Funktionen gegenübersteht. Der vielleicht erblich Belastete, als ein Opfer der gesellschaftlichen Zustände zum Verbrechen gezwungene Mensch, der in einem Affekt wildster Leidenschaft handelt und im Augenblick der Tat kaum weiß, was er begehrt, wird vor den Richter gezerrt und kalt und kühl seine größere Verstandesbildung erwägend und seinen Intellekt abwägend, schlachtet der Richter nun sein Opfer ab. Der Gemordete war ohnungslos und hoffte bis zum letzten Atemzug, daß der Retter noch kommen werde. Der Mörder aber weiß seit Monaten, daß sein Leben zuende geht. Er kann die Stunden, und auf dem Wege zum Galgen mag er wohl die Minuten zählen, denn er weiß, sein Leben wird zermalmt, es gibt kein Entrinnen, keine Hilfe mehr.

Das ist kein sittliches Handeln, das ist kalt-genossene, abstoßende Rache.

Man sagt, man müsse die Rasse verbessern, die Ausrottung der Verbrecher durchzuführen. Wir wissen aber, daß Menschen, die nach heutigen Begriffen todeswürdige Verbrechen begehen, noch keineswegs immer die schlechtesten Menschen sind, daß sie sehr oft zarter und guter Regungen fähig sind.

Sind nicht auch diese Verbrecher in den weit-aus meisten Fällen

Opfer der sozialen Zustände,

sind nicht im alten Oesterreich von allen abgestraften Schwerverbrechern 89 Prozent völlig arm gewesen. Wissen wir nicht, daß jede Wirtschaftskrise, jede Zeit der Teuerung die Zahl der Verbrecher ungeheuer festgert, daß der Kapitalismus

Not und Elend hervorruft, daß er die Unbildung im Volk erhält und daß er den Alkoholismus großgezüchtet?

Diese kapitalistische Wirtschaftsordnung ist der Nährboden, aus dem diese Verbrechen spritzen, und will man gegen sie ankämpfen, so muß man sich gegen den Kapitalismus wenden. Kampf gegen die Ursachen der Verbrechen, da wäre etwas zu vollbringen. Aber das Zahlen hoher Löhne, die Erbauung von Schulen, sorgfältige Armenpflege, der Bau von Krankenhäusern und Trinkeranstalten, das erfordert Geld, und wahrhaftig, da ist der Strick, den man zum Denken braucht, doch noch um vieles billiger!

Die bestehende Klasse hat kein Recht, Urteile zu sprechen über den, der allen Verhängnissen und allen Versuchungen eines Lebens, der Bitterkeit, der Not und Entbehrung ausgesetzt ist. Darum ist jede derartige Urteilsfällung, die dem Menschen das Leben abspricht,

der Gipfel der Klassenjustiz im letzten Sinne des Wortes.

Man beruft sich auf die Vermehrung der Zahl der Verbrechen in den letzten Jahren. Doch sind nicht die Menschen, die zu Verbrechern werden, heute nahezu ausnahmslos Opfer der Kriegseuere, der moralischen Verwüstung, die der Krieg angerichtet hat? Die eigentlichen Schuldigen sind nicht die Verbrecher, sondern diejenigen, die den Krieg angezettelt und fortgeführt haben, die für den Militarismus schwärmen und dafür sorgen, daß dieses Instrument der Verrohung nie schwindet und immer neue Schwierigkeiten schafft.

Die Tatsache, daß unendlich viel Gerichts-urteile sich als fehlerhafte erweisen, beweist, wie unzulänglich die Urteilskraft auch des Richters bei der Justizpflege sein kann. Irrtum ist auch dann nicht ausgeschlossen, wenn es um Tod und Leben geht. Die verhängte Todesstrafe aber ist, wenn sie vollzogen wurde, unrep- arabel; stellt es sich noch so sonnenklar heraus, daß ein Justizmord vorliegt, niemand gibt dem Getöteten das Leben zurück.

Die Verteidiger der Todesstrafe stützen sich immer darauf, daß sie abschreckend wirken soll. Wäre das wahr, dann müßte die Strafe um so wirksamer sein, um so mehr Verbrechen verhindern, je grausamer sie wäre. Die ganze Geschichte lehrt uns jedoch das Gegenteil. Je grausamer die Kerkerstrafen waren, um so häufiger waren die Verbrechen. Wir wissen, daß, als der Diebstahl noch mit der Todesstrafe bedroht war, viel mehr gestohlen wurde, als nach der Befestigung dieser Bestimmung.

Wie wenig die Abschreckung zutrifft, dafür haben wir in Prag ein klassisches Beispiel erlebt. Am Tage der Hinrichtung Josef Kolinsky ist in Smichow ein neuer Raubmordversuch verübt worden.

Die Verrohung des Menschen, die Förderung des Hanges zur Grausamkeit, ist die wahre Wirkung der Todesstrafe.

In einer großen Reihe von Staaten besteht die Todesstrafe längst nicht mehr, so in Rumänien, in St. Marino, in Portugal, Holland, in 15 Kantonen der Schweiz, in Italien, in Norwegen, in einer Reihe amerikanischer Staaten, in Oesterreich seit dem Jahre 1919 nicht mehr und doch ist dort, wo die Todesstrafe beseitigt wurde, keine Steigerung der Verbrechen, und dort, wo sie wieder eingeführt wurde, keine Minderung der Zahl der Verbrechen eingetreten.

Es ist so, daß auf die Häufigkeit der Verbrechensbegehung die Todesstrafe in Wahrheit keinen Einfluß übt und darum ist sie überflüssig, und es ist ein Gebot der Menschlichkeit und der klaren Vernunft, sie auszutünnen.

Die gefühlvolle Tötung des Menschen ist keine Strafe, denn sie schließt die Besserung des Menschen aus. Sie ist eine

blutige Vergeltung, staatlich sanktionierte Blutrache, sie schaltet den Irrtum in der Rechtspflege nicht aus; sie führt in manchen Fällen zum Justizmord, sie nimmt den Glauben an Recht und Menschlichkeit.

Sie schreckt nicht ab, sie wirkt auf die Menschen verrohend. Sie schützt die Gesellschaft nicht und ist darum überflüssig und bleibt eine blutige Barbarei und Schandung unserer Kultur.

Erweisen Sie daher, daß wir nicht vergeblich an ihr modernes Denken und an ihre klug erwägende und abschäbende Vernunft, an das Gefühl ihrer Menschlichkeit appellieren und stim-

Unter dem Drucke des Schutzgesetzes.

Unser Aufiger Mailplatz konfiszieren. — Uebergriffe und Gefährdungen der Aufiger politischen Bezirksverwaltung. Innenminister Malypetr billigt das Vorgehen des Zensors!

Die politische Bezirksverwaltung in Aussig, seit langem als eine der reaktionärsten Unterbehörden in der Tschechoslowakischen Republik bekannt, hat am Mittwoch das Plakat mit dem Aufruf der Kreisorganisation Aufiger der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Kreisgewerkschaftskommission Aufiger konfiszieren, und zwar wegen eines Passus, der sich mit der Reaktion und dem Schutzgesetz beschäftigt. Was unsere Aufiger Genossen an dieser Stelle sagen, ist nichts als die Feststellung von Tatsachen, ist von unserer Partei im Parlament, in der Presse und in Versammlungen hunderte Male gesagt worden, so daß also die Konfiskation einen ekelhaften Uebergriff der Aufiger Zensur darstellt.

In Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft des Aufiger Kreises haben nun gestern die Abgeordneten Genossin Kirpal und Genosse Deutel beim Minister des Innern, Malypetr, interveniert, der ihnen folgendes erklärte:

„Der Zensor hat vollkommen recht, er hat nach dem Gesetze gehandelt und zwar nach dem § 15 des Schutzgesetzes über die bewußte Verbreitung unwahrer Nachrichten. Es ist nicht wahr, daß das Schutzgesetz angewendet wird, um die politischen Rechte der Arbeiterschaft zu knebeln.“

Diese „unwahre“ Behauptung steht nämlich in dem konfiszieren Mail-Aufruf und wie bodenlos erlogen die Behauptung unserer Aufiger Genossen ist, bewies der Aufiger Zensor, indem er auf Grund eben dieses Schutzgesetzes den Aufruf konfiszieren, in welchem Akt doch die Respektierung der politischen Rechte der Arbeiterschaft klar zum Ausdruck kommt!

Die Aufiger politische Bezirksverwaltung hat dann unmittelbar nach der Konfiskation des sozialdemokratischen Aufrufs sofort weitere Beweise dafür gegeben, daß ihr nichts ferner liegt, als die politischen Rechte der Arbeiter zu knebeln, daß

men sie der Dringlichkeit unseres Antrages zu. (Stürmischer Beifall auf den Banken der Opposition.)

Die Abstimmung. Nach der Rede des Genossen Hillebrand wird der Antrag auf dringliche Behandlung des Antrages auf Abschaffung der Todesstrafe von der Mehrheit — den Koalitionsparteien — abgelehnt.

Hierauf Schluß der Sitzung. Nächste Sitzung heute um 1 Uhr nachmittags. In dieser Sitzung wird über die Auslieferung des Abg. Dr. Kubicek abgestimmt werden.

sie nur von fortschrittlichen, durch und durch republikanischen, demokratischen Tendenzen erfüllt ist. Sie stellte nämlich an unsere Aufiger Parteiorganisation das Verlangen, ihr bis Samstag alle Aufiger und Standarten bekanntzugeben, die der Demonstrationzug unserer Genossen am 1. Mai führen wird!

Diese Forderung der politischen Behörde ist ein ganz unerhörter Uebergriff und es wird wohl außerordentlich schwer fallen, hierfür auch nur eine halbwegs plausible „geschliche“ Begründung herbeizuschaffen. Nicht genug damit, verlangte dieselbe einzigartige Bezirksverwaltung

die Kamhaftmachung von 50 Ordnern, die die Verantwortung für den Umzug tragen.

Diese famose Behörde will sich also schon im vorhinein Geiseln sichern, falls die Demonstration etwa so ausfalle, wie es der Herr Innenminister wünscht, falls beispielsweise der Redner am 1. Mai behaupten sollte, daß Konfiskationen und andere Unternehmungen auf Grund des Schutzgesetzes nicht die politischen Rechte der Arbeiterschaft zu wahren und zu fördern geeignet sind.

Schon vor längerer Zeit haben wir übrigens gemeldet, daß die Aufiger politische Behörde auch die Ausführung des Verta Suttner-Stüdes „Die Waffen nieder!“, die für den 1. Mai geplant ist, verbietet. Auch diese Tatsache beweist die durch und durch reaktionären Tendenzen und Methoden der Aufiger politischen Bezirksverwaltung. Wir sind überzeugt, daß Herr Innenminister Malypetr auch dies und alles andere billigen wird. Die Arbeiterschaft Aufigs und der ganzen Republik wird aber dieses skandalöse, brutale Vorgehen nur darin bestärken, mit noch erhöhter Kraft gegen das Schutzgesetz und gegen das ganze reaktionäre System in diesem Staate zu kämpfen.

Die Wohnungsgesetze im Senat.

Die Verhandlung der Wohnungsgesetze im Senate ergab daselbe Bild, das man schon im Abgeordnetenhaus beobachten konnte. Wiederum war es von allen deutschen Rednern nur Genosse Senator Löw, der für die Interessen der Mieter eintrat. Die deutschbürgerlichen Redner aller Schattierungen setzten sich für die Hausbesitzer ein. Senator Hartl beschwerte sich im Namen der deutschen Nationalpartei darüber, daß den Mietern zu wenig Opfer auferlegt werden. Senator

Knesh ging weiter und verlangte im Namen der Landbändler ein Gesetz zum Schutze der — Hausbesitzer und auch die Frau Senatorin Herzog marschierte auf und nannte den Mieterhuh einen Zustand der Labilität, der beendigt werden müsse. In diesem Chorus durfte natürlich auch der deutsche christlichsoziale Senator Hilgenreiner nicht fehlen, er meinte: man müsse den Mieterschutz abbauen. Die Hausbesitzer haben also wahrhaft alle Freunde im deutschbürgerlichen Lager geun-

Der Schreden.

Von Romain Rolland.

Motto: Das ist der Unterschied zwischen unseren beiden Utopien: Ihr wollt die Roterne, ich will die Schule. Ihr träumt den Mensch-Soldaten, ich träume den Mensch-Bürger. Ihr wollt ihn als schreckliches, ich will ihn als denkendes Wesen. Ihr gründet eine Republik von Schwertem, ich gründe... er unterbrach sich: Ich würde eine Republik von Gewissen gründen.

Viktor Hugo: 1793.

Es gab in der Pfauenstraße eine Kneipe, die man Kaffeehaus nannte. Dieses Kaffeehaus hatte ein Hinterzimmer, das heimlich geworden ist. Dort, gerade dort, trafen sie manchmal, fast im geheimen, Männer, die so bedeutend und so überwacht waren, daß sie zögerten, sich öffentlich zu treffen. Am 28. Juni 1793 waren drei Männer um einen Tisch in diesem Hinterzimmer versammelt. Der erste dieser Männer nannte sich Robespierre, der zweite Danton, der dritte Marat. Eine Karte von Frankreich war auf dem Tisch ausgebreitet. Die Stimmen begannen sich zu erheben, etwas wie Born grollte zwischen diesen drei Männern.

Danton hatte sich erhoben. Er hatte seinen Stuhl lebhaft weggerückt. „Sört!“ rief er. „Es gibt nur eine Dringlichkeit. Die Republik ist in Gefahr. Ich kenne

nur eine Sache, Befreiung Frankreichs vom Feinde. Dazu sind alle Mittel gut. Alle! Zertreten wir den Feind!“

Robespierre antwortete: „Die Frage ist, zu wissen, wo der Feind ist.“

„Er ist draußen und ich habe ihn verjagt,“ sagte Danton.

„Er ist herinnen und ich überwache ihn,“ sagte Robespierre.

„Und ich werde ihn weiter verjagen,“ erwiderte Danton.

„Man verjagt den inneren Feind nicht.“

„Was macht man denn mit ihm?“

„Man vertilgt ihn.“

„Beruhigt euch,“ sagte eine dritte Stimme, „der Feind ist überall und ihr seid verloren.“

Es war Marat, der sprach.

Robespierre schaute Marat an und erwiderte ruhig: „Fort mit den Allgemeinheiten, ich präzisiere. Folgendes sind die Tatsachen.“

Robespierre legte die Hand auf die vor ihm ausgebreiteten Papiere und fuhr fort: „Ich will euch Depeschen von Prieur de la Marine vortragen. In fünfzehn Tagen wird man eine Armee Briganten von dreihunderttausend Mann haben und die ganze Flotte wird dem König von Frankreich gehören.“

Danton, der sich wieder gesetzt hatte, stützte seine Ellbogen auf den Tisch und seinen Kopf träumerisch in die Hände.

Robespierre gab nicht Verdun die Straze nach Paris den Preußen frei?“

„Nun, und?“

„Nun, man wird die Engländer verjagen, wie man die Preußen verjagt hat.“ Danton lachte schrecklich.

Das Lachen Dantons machte Marat lächeln.

„Ihr habt jeder euer Spielzeug. Ihr, Danton, die Preußen, Ihr, Robespierre, die Venetier. Auch ich will präzis sein. Ihr seht beide utopisch die wahre Gefahr. Da ist sie. Die Kaffeehäuser und die Spielhäuser. Das Café Choiseul ist jacobinisch, das Café Patin greift die Nationalgarde an, das Café Porte Saint-Martin verteidigt sie, das Café V'igle agitiert, das Café Theatre Francais schwört auf Voltaire, das Café National kauft Gold und Wehl zusammen. Das ist die Gefahr, ich habe verlangt, daß man hunderttausend Verwandte von Emigranten als Geiseln nehme, als Geiseln für die Volksbeauftragten, die dem Feinde ausgeliefert wurden. Ah, Bürger Danton, warum habt Ihr mich zu eurem Kontenittel gerufen, wenn nicht, um meinen Rat zu haben? Habe ich Euch gebeten, dabei sein zu dürfen? Ich habe gar keinen Geschmach für tele-a-teles mit Konterrevolutionären wie Robespierre und Ihr. Uebrigens hätte ich es erwarten können: ihr habt mich nicht verstanden. Die Gefahr ist nicht in London, wie Robespierre glaubt, noch in Berlin, wie Danton glaubt. Sie ist in Paris. Sie ist im Mangel an

Einigkeit in dem Rechte eines jeden, nach seiner Seite zu ziehen, wie ihr beide. In der Anarchie der Willen...“

„Die Anarchie“, unterbrach Danton, „wer hat sie geschaffen, wenn nicht Ihr?“

Marat hielt sich nicht auf.

„Die Gefahr ist im Papiergeld, das man erwartet. In der Rue des Ignorants ist ein Auktionsat von hundert Livres auf die Erde gefallen, und ein Mann aus dem Volke hat gesagt, es lohne sich nicht, es aufzuheben. Die Geldhändler und die Auktionser, das ist die Gefahr. Jawohl, die Gefahr ist überall, aber vor allem in Paris. Die Adligen machen Verschwörungen, die Republikaner gehen barfuß, das Brot von vier Pfund kostet drei Franken vier Sous, die Theater spielen unsaubere Stücke und Robespierre wird Danton quillotinieren lassen. Was wir brauchen,“ rief Marat, „das ist ein Diktator Robespierre, Ihr wißt, daß ich einen Diktator verlange.“

Robespierre blinnte auf.

„Ich weiß, Marat, Ihr oder ich.“

„Ich oder Ihr“, sagte Marat.

Danton nirmelte zwischen den Zähnen: „Die Diktatur, verjagt es!“

Marat sah das Stürzen Dantons.

„Laßt sehen, ein letzter Versuch. Einigen wir uns. Die Situation ist der Mühe wert. Wir drei vereinigt repräsentieren die Revolution. Wir sind drei Köpfe des Cerberus. Von diesen drei Köpfen spricht einer. Das seid Ihr, Robespierre. Der andere brüllt. Das seid Ihr, Danton.“

den. Die Redner aller bürgerlichen Parteien... Man hat drüben offenbar Angst vor der in Bildung befindlichen deutschen Hausfrauenpartei.

Selbstverständlich ist es, daß die Vorlagen unverändert angenommen wurden. Die koalitierten Senatoren wagen es noch viel weniger als die koalitierten Abgeordneten, gegen das Werk der „Reika“ aufzumachen.

161. Sitzung. Präsident Prasek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min. vormittags. In zweiter Lesung werden die in der letzten Sitzung in erster Lesung genehmigten Vorlagen angenommen.

Der Berichterstatter des sozialpolitischen Ausschusses, Senator R. Panek bespricht zunächst das Mietererschutzgesetz. Das er als ein Kompromißwerk bezeichnet und sodann das Gesetz über die außerordentliche Wohnungsfürsorge, das nicht ideal ist, wie dies auch nicht möglich wäre, da es schwer ist, die Interessen der Hausbesitzer, Mieter, Untermieter und der Nichtwohnenden unter einen Hut zu bringen.

Ueber das Gesetz betreffend die exekutorische Räumung von Wohnungen referiert Senator Stabitz, der sagt, daß durch dieses Gesetz endlich ein klarer Zustand hergestellt werde. Sodann wird die Debatte eröffnet.

Senator Hartl (d. Nat.) führt Klage darüber, daß die ganze sogenannte Mieterchutzfrage von allem Anfang an einseitig und nicht gerecht behandelt worden ist. Diese Tendenz kam bereits in der Bezeichnung des Gesetzes als Mieterchutzgesetz zum Ausdruck, denn bei einer gerechten Behandlung hätte man von einem Gesetze zur Sicherung der Wohnung sprechen müssen. Man hat von vornherein den einseitigen Standpunkt eingenommen, daß die gesamten Opfer der Aktion den Hausbesitzern aufgebürdet wurden, wogegen die Frage, inwieweit die Mieter zu den Opfern für die Sicherung der Wohnung beizutragen haben, gänzlich vernachlässigt wurde.

Senator Auech (Vd. d. Landw.) erklärt: Das Unrecht des alten Mieterchutzgesetzes erlangt eine Fortsetzung. Heute wäre es nötig, eher von einem Hausbesitzerschutz zu sprechen. Es ist ein Unsin in, wenn man den Zins von der Preisbewegung ausschließt.

Nach dem Senator Dr. Rehl (tsch. N.) ergriff das Wort

Senator Genosse Löw

Er erklärt, daß das Mieterchutzgesetz von Feindseligkeiten gegen die Mieter trieft. Wir können für ein solches Gesetz nicht stimmen, trotzdem wir wissen, daß es ohne Mieterchutzgesetz nicht geht. Die ganze

gegen die Arbeiter gerichtete Gehässigkeit

geht schon daraus hervor, daß im Paragraph 1 die Zahl der Kündigungsründe um 5 vermehrt wurde. Und diese Gehässigkeit zeigt sich auch in den übrigen Paragraphen. Darum haben wir auch überall entsprechende Abänderungsanträge eingebracht. Auch das Gesetz über die exekutive Räumung von Wohnungen zeigt die ganze Gehässigkeit der kapitalistischen Klasse gegenüber dem Arbeiter. Dieses Gesetz wird dazu führen, daß die Delogierungen überhand nehmen werden, und es gibt jetzt schon Orte, wo keine Gelegenheiten mehr ist, den Hausrat der Delogierten unterzubringen. Auch das Gesetz über die Wohnungsfürsorge ist mangelhaft, weil die Gemeinden nicht das Recht erhalten, leerstehende Wohnungen zu

„Der dritte beißt,“ sagte Danton, „das seid Ihr, Marat.“

„Alle drei beißen,“ sagte Robespierre.

Es kam ein Schweigen. Dann, voll von düstern Erschütterungen, begann der Dialog von neuem.

„Robespierre, Ihr habt die, die den Umsturz der Throne wollen, die von Quichottes des Menschengeschlechts genannt.“

„Und Ihr, Marat, habt in Eurer Nummer vom vierten August des „Vollfreunds“ — es war Nummer 559, ich habe mir die Nummer gemerkt, das ist nützlich — damals habt Ihr verlangt, daß man den Adligen ihre Titel zurückergebe. Ihr habt gesagt, ein Herzog ist immer ein Herzog.“

„Robespierre, in der Sitzung vom siebenten Dezember habt Ihr das Weib Kolland gegen Dard verteidigt.“

„So wie mein Bruder Euch verteidigt hat Marat, als man Euch bei den Jakobinern angriff. Was bedeutet das? nichts.“

„Robespierre, man kennt das Kabinett in den Tuilleries, wo Ihr zu Marat gefagt habt: „Ich habe die Republik satt.“

„Marat, Ihr habt zu Guigot gesagt: Die Republik, was ist das?“

Robespierre biß sich die Nägel. Er konnte weder lachen noch lächeln. Das Lachen, der Miß Dantons, das Lächeln, der Biß Marats, fehlten ihm.

Danton wollte beruhigen. „Robespierre, Marat, beruhigt euch.“

Marat liebte es nicht, als zweiter genannt zu werden.

„In was mengt sich Danton?“ sagte er. „In was ich mich menge? In folgendes. Daß wir keinen Brudermord brauchen, daß es

beschlossen. Alle diese Gesetze werden nach unserer Auffassung resultatlos bleiben.

Wir werden das Wohnungsgesetz nur beseitigen, wenn neue Wohnungen errichtet werden.

Dies war möglich, wenn aus dem mäßig gestiegenen Hauszinsen ein Fond zur Erbauung von Wohnhäusern geschaffen werden würde.

Redner begründet ferner die von unserem Klub eingebrachten Abänderungsanträge, u. a. auch eine Resolution, in der es heißt, die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Vorlage einzubringen, durch welche jene

Wohnungen, die Arbeitslose oder Kurzarbeiter inne haben, von allen öffentlichen Abgaben befreit werden und daß diese Befreiung den Mietern zugute zu kommen hat. Das heißt, die Arbeitslosenunterstützung soll den Zweck haben, die notwendigen Bedürfnisse des Arbeiters zu decken. Der Arbeiter sieht nicht auf dem Standpunkt, daß er ein Almosen vom Staate haben will, es ist nicht seine Ansicht — es mag ja auch vereinzelt Menschen geben, die lieber ein Almosen annehmen, als Arbeit zu leisten — aber wir haben gesehen, daß der ganze Aufwand, der von Seiten des Staates gemacht wird, um das Leben des Arbeiters zu erhalten, kaum ausreicht, um auch nur die bescheidensten Anforderungen zu befriedigen. Deswegen meine ich, müsse die Regierung schon bestrebt sein, wenn sie schon Arbeitslosenunterstützung geben muß, daß sie auch demjenigen verbleibt, der die Unterstützung zu bekommen hat und daß sie nicht in einer unverantwortlichen Weise von einem anderen, hier vom Hausbesitzer, wieder weggenommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Senator Koball (slow. N.) sagt Senator Dr. Herzog (d. Nat.): Der Mieterchutz ist ein Produkt des Kriegsozialismus und es ist nötig, daß dieser Zustand der Labilität beendet wird. Die Sterilität des Systems zeige sich darin, daß die Wohnungsfürsorge sich im Verhältnis zu dem Aufwande an Mitteln kaum positiv gestaltet hat.

Senator Dr. Hilgenreiner (d. Christ. Soz.): Der Mieterchutz ist ein Stück der alten Kriegswirtschaft und muß daher abgebaut werden. Andererseits kann kein Mensch verlangen, daß der Mieterchutz gleich aufgehoben wird. Es liegt vielmehr im Interesse des Hausherrn, daß der Eigentumsbegriff gesetzlich geschützt sei. Darum gebe es hier nur eine Politik der gerechten Mitte.

Nachdem noch die Senatoren Chlumetzky (Kommunist) und Kouka (tsch. Sozdem.) gesprochen haben, wird zur

Abstimmung

geschritten. Alle Abänderungsanträge der deutschen Sozialdemokraten werden abgelehnt und die Wohnungsvorlage in der Fassung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag den 8. Mai um 5 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung befinden sich u. a. die Handelsverträge mit Lettland und Portugal.

Sorthy fürchtet die Malteier.

Wien, 26. April. (Eigenbericht.) Der ungarische Minister des Innern hat die Polizei angewiesen, keinerlei Versammlungen anlässlich des ersten Mai zu dulden, auch wenn dort wissenschaftliche Vorträge gehalten werden. Die Arbeiter dürfen bei ihren Ansprüchen keine roten Fahnen tragen.

keinen Kampf geben darf zwischen zwei Männern, die dem Volke dienen. Daß der äußere Krieg genügt. Daß wir mit dem inneren Kriege genug haben. Und daß auch noch der Krieg im Hause zuviel wäre. Daß ich es bin, der die Revolution gemacht hat, und daß ich nicht will, daß man sie zerstöre. Das ist es, in das ich mich menge.“

„Ohne die Stimme zu erheben, sagte Marat. „Gebt lieber eure Rechnungen her.“

Und mit einem Schritte gegen die Tür, um sich zu entfernen, sagte er zu ihnen den unheimlichen Gruß:

„Adieu, meine Herren.“

Danton und Robespierre hatten einen Schauer.

In diesem Augenblick erhob sich eine Stimme im Hintergrund des Zimmers und sagte:

„Du hast unrecht, Marat.“

„Alle drei wandten sich um. Während des Aufstuhns Marats und ohne daß sie es bemerkten, war jemand durch die hintere Tür eingetreten.

„Du bist es, Bürger Cimourdain,“ sagte Marat. „guten Tag.“

„Ich sage, daß du unrecht hast,“ wiederholte Cimourdain.

Marat wurde grün, was seine Art war, blaß zu werden.

Cimourdain fügte hinzu: „Du bist nicht, aber Danton und Robespierre sind notwendig. Warum ihnen drohen? Einigkeit, Einigkeit, Bürger? Das Volk will, daß man einig sei!“

Eine neue Rede Beckas.

Regierung und Livnobant. — Der Fall der „Mährisch-Schlesischen.“ — Becka und Kasin.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses hielt Finanzminister Becka die angekündigte Rede. Er beantwortete die an ihm in der letzten Sitzung gestellten Anfragen in Sachen des amerikanischen Kredites, der Arelögetreideanstalt und der letzten Ereignisse im Bankleben. Der Antrag unserer Genossen, über seine Erklärungen die Debatte zu eröffnen, wurde mit neun gegen acht Stimmen abgelehnt. Es ist dies umso bedauerlicher, als gerade durch eine Aussprache über die Antwort des Ministers die von Gerüchten über Schwierigkeiten von Geldinstituten geschwängerte Luft hätte gereinigt werden können. Ist es doch bekannt geworden, daß gerade in den letzten Tagen beachtliche Nachrichten über die Weiberberger Versuchsklasse verbreitet wurden. Einer solchen Beunruhigung wäre wohl am besten durch offenes Auftreten der Regierung und der parlamentarischen Kreise entgegenzuwirken.

Minister Becka erklärte zunächst, daß im Krieg Amerika die Bestrebungen um die tschechoslowakische Selbständigkeit unterstützte. Der amerikanische Kredit zerfällt in zwei Teile. Erstens in einen Kredit von 68.825.368,54 Dollar, der von der amerikanischen Regierung direkt gewährt wurde und andererseits in einen Kredit von 20.621.994,54 Dollar, die aus den amerikanischen Militärmagazinen für die Ausrüstung und Bewaffnung des tschechischen Heeres verwendet wurden. Eine Kommission hat sich gerade heute nach Amerika begeben, um die genaue Höhe der Schuld festzustellen. Es sollen die gesamten Forderungen der amerikanischen Regierung sorgfältig überprüft und kontrolliert werden.

Was die Anfrage über die staatliche Getreideanstalt in Prag betrifft, erklärt der Minister, daß deren Gesamtschuld aus Ausland 5.344.885,300 Kronen beträgt. Man hofft, dieses Defizit noch zu verringern.

Was die Anfrage über die „Bohemia“-Bank anlangt, verweist der Minister zunächst auf seine gestrige Senatsrede. Auf die Ausführungen des Abg. Rajman bei der Debatte im Abgeordnetenhause reflektierend, läßt der Minister den Vorgang der Staatsverwaltung in Angelegenheit der „Mährisch-Schlesischen Bank“ auf. Auf die zahlreichen Gesuche um KonzeSSIONSerteilung für Errichtung von Banken, unter denen sich auch ein Gesuch der Führer der Gewerkepartei befand, sei die Regierung sehr zurückhaltend gewesen. Den Gesuchstellern wurde anempfohlen, sich eher an schon bestehenden Instituten zu beteiligen, allerdings mit dem Vorbehalt, daß sie sich von der Bonität der betreffenden Institute vorher gründlich überzeugen. So machte der gewesene Finanzminister Kovat auch die Faktoren der Gewerkepartei auf die „Kucepa banka“ in Brünn aufmerksam und empfahl ihnen ausdrücklich, den Stand der Bank zu untersuchen. Allerdings wurde eine Einigung mit diesem Institut nicht erzielt. Auf die „Mährisch-Schlesische Bank“ habe der Finanzminister die Herren der Gewerkepartei nicht aufmerksam gemacht. Im Gegenteil, die Proponenten teilten selbst mit, daß sie in Beziehungen mit den führenden Faktoren der „Mährisch-Schlesischen Bank“ getreten seien und daß sie ein Interesse daran haben, das Aktienkapital um 20 Millionen Kronen zu erhöhen. Das Finanzministerium sei jedoch vorsichtig gewesen und habe bloß eine Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Millionen Kronen bewilligt. Diese Bewilligung wurde am 13. Juni 1922 erteilt, also in einer Zeit, da es in eingeweihten Kreisen nicht bekannt war, daß der Stand der Bank erschütterter ist.

Der Minister erklärt weiter zu den gegen ihn selbst gerichteten Angriffen, daß es ihm wirklich unbegreiflich scheint, daß in der gegenwärtigen Zeit jemand seine eigene Person höher stelle, als die Nation. Der Minister ist stolz darauf, ein persönlicher Freund Dr. Kasins gewesen zu sein und er stand mit ihm schon mit Rücksicht auf das verwandtschaftliche Verhältnis in enger Freundschaft. Wir waren beide in der Livnobant tätig und ich bin direkt von der Livnobant hergekommen. Meine Freundschaft mit Dr. Kasin war nur Arbeit für die Freiheit der Nation und für den Aufbau unseres Staates. Wir haben von der Öffentlichkeit keine Bezahlung verlangt, aber niemand kann glauben, daß eine solche innere Kraft in Menschen ruht. Jetzt kommt man mit der Behauptung, daß wir persönlich verdienen wollten oder daß wir verdienen wollten für die Anstalt, mit der wir in Verbindung standen. Ich konstatiere, daß die Livnobant in keiner Verbindung mit dem Staat stand in bezug auf die Restitutions der Renten. Ich habe nichts, was mir Dr. Kasin sagte, zu meinen Gunsten verwendet.

Inland.

Die tschechischen Sozialdemokraten und die Todesstrafe. Im gestrigen Abendblatt des „Pravo Lidu“ versuchen die tschechischen Sozialdemokraten ihren ablehnenden Standpunkt zum Dringlichkeitsantrag unserer Genossen auf Aufhebung der Todesstrafe zu erklären. In dem Leitartikel dieses Blattes, der sich mit der Todesstrafe befaßt, erklären sie, daß ihre Abgeordneten sich nicht dem Ansinnen der deutschen Sozialdemokraten, die Abschaffung der Todesstrafe im dringlichen abgeleiteten Verfahren zu beschließen, anschließen können.

nen, da nach ihrer Ansicht die Angelegenheit keine Eile habe. Wenn im Parlamente einmal über die Abschaffung der Todesstrafe verhandelt werden wird, so wird erst eine Reihe von Sachverständigen darüber gehört werden müssen, wie die Abschaffung der Todesstrafe sich in anderen Staaten bewährt hat. Den politischen Parteien müsse Zeit gegeben werden, die ganze Frage im eigenen Kreise gründlich zu beraten. Schließlich würde die Sache ja dafür stehen, eine Entscheidung durch eine allgemeine Volksabstimmung herbeizuführen. An der Aktion unserer Genossen haben die tschechischen Sozialdemokraten auszusehen, daß unsere Genossen diese gemeinsam mit Parteien gemacht haben, welche nicht gegen, sondern vielmehr für die Todesstrafe sind. Der ganze Antrag sei nur eine politische Demonstration (!) und bezwecke gar nicht die Aufhebung der Todesstrafe. Durch den Antrag wollen unsere Genossen beweisen, daß die Opposition imstande ist, gemeinsame Aktionen auf dem Boden des Parlamentes durchzuführen und für ihre Anträge zwei Fünftel aller Stimmen zusammenzubringen, damit über die Dringlichkeit verhandelt werden muß. — Mit diesen Ausflüchten versucht das „Pravo Lidu“ die Öffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen, daß die tschechischen Sozialdemokraten auch gestern im Schlepptau der übrigen Koalitionsparteien behandelt haben, als sie den Antrag unserer Genossen niederstimmten. Zur Charakterisierung der heute in der Koalition herrschenden und auch die tschechischen Sozialdemokraten beherrschenden tschechischen Nationaldemokraten braucht man nur anzuführen, daß deren Sprachrohr, die „Narodni Democraie“, nach der Hinrichtung Kollinsch die Hinrichtung als befreiende Tat der wieder erwachten starken Hand im Staate gefeiert hat.

Der Zwist in der tschechischen agrarischen Partei. In der tschechischen Presse, besonders im „Rude Pravo“ sind seit einigen Tagen Nachrichten verbreitet, daß die agrarische Kleinbauernorganisation „Domovina“ in Ostmähren von der agrarischen Partei abfallen und sich als selbständige Partei konstituieren will. Der gestrige „Venkov“ mußte diese Meldungen bestätigen und erklärt diese Abfallbewegung dahin, daß die ganze Bewegung von den Kommunisten in Szene gesetzt wurde. Das gestrige Abendblatt des „Rude Pravo“ meldet nun weiter, daß in Trebitz diese Woche ein eigenes Organ der Kleinbauernpartei unter dem Namen „Samostano Domovina“ erscheinen wird. Die neue Partei suche angeblich Fühlung mit anderen Bauerngruppen in Böhmen und Mähren und will die Bewegung über die ganze Tschechoslowakei ausbreiten.

Das Militärdisziplinargesetz. In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses erklärte nach dem Referate des Abg. Spädel Abg. Genosse Jodl, daß es eigentlich zwecklos sei, zu diskutieren, weil ja, wie der Referent aussprach, die „Palka“ sich bereits über das Gesetz geeinigt habe. Die Vorlage steht an vielen Stellen im Widerspruch mit dem Staatsgrundgesetz. Der Entwurf enthält weiter keinerlei Bestimmungen über den Schutz der Mannschaft gegen willkürliche Disziplinarrastrafen, die Bestimmungen über den Offiziersehrenrat bleiben hinter denen des alten Oesterreich zurück. Dort wurde der Ehrenrat gewählt, bei uns soll er ernannt werden. Noch aus Oesterreich ist erinnerlich, welcher Mißbrauch mit der „Berletzung der Standespflicht“ getrieben werden kann. Besuche in einem Arbeiterheim, werden als Verletzung der Standespflicht erklärt.

Die Bestimmung, daß die Untertanis der Staatsprache Grund zu einer Disziplinierung gibt, stellt eine Verletzung der Friedensverträge und der Verfassung dar. Das unerhörteste aber sei, daß nicht nur der schuldige Offizier oder Regimentsführer bestraft wird, sondern daß auch seine Familie in Mitleidenschaft gezogen werden kann, dadurch, daß man ihr die Pension einstellt, ist umso unerhörter, als die Pension kein Geschenk des Staates ist, da der Soldat zum Pensionsfond Beiträge leisten muß. Der Gesuchentwurf ist eine Ergänzung des Schutzgesetzes, mit seiner Hilfe will man sich auf willige Weise der deutschen Offiziere und Regimentsführer entledigen.

Gegen die Ausführung des Abg. Genossen Jodl polemisierten der Vertreter des Ministeriums, Abg. Spädel und Abg. Dyl, worauf die Vorlage mit den Änderungen der „Palka“ angenommen wurde. Die Abänderungsanträge unserer Genossen wurden abgelehnt.

In eine unangenehme Situation kam die Mehrheit bei der Beratung des § 23, der unter den Strafbestimmungen den Entzug der Versorgungsgelder festlegt. Dieser Paragraph wurde im Verlauf der Beratung des Entwurfs zurückgestellt. Nach Beendigung der Beratung tritt die „Palka“ zu einer endgültigen Formulierung zusammen. Hier siegte die Militärpartei, da von einer Abänderung der Vorlage abgesehen wurde. Charakteristisch ist, daß außer den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten kein deutscher Abgeordneter an dieser wichtigen Sitzung des Ausschusses teilnahm.

Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses. Zur Verhandlung gelangte in der gestrigen Sitzung die Regierungsvorlage über die Durchführung der Dienstjahre der Militärgagisten. Nach dem Referate des Abgeordneten Navratil ergriff Abg. Genosse Laub das Wort zu einer Erklärung, in der er ausführte, daß die deutschen Sozialdemokraten der Anwendung der Durchrechnung der Dienstjahre auch auf die Militärgagisten freundlich gegenüberstehen. Es müsse jedoch in Frage gestellt werden, wieso es kam, daß dieser Antrag erst jetzt vorgelegt wird. Abg. Genosse Laub wandte sich gegen

die Bestimmungen des Artikels 12 des Entwurfes, durch welche es der Regierung anheimgestellt wird, in bestimmten Fällen individuell Dienstjahre anzurechnen oder die Anrechnung zu verweigern. Wer die Verhältnisse kennt, muß zur Ueberzeugung kommen, daß diese Bestimmung den Zweck hat, die deutschen Offiziere sowie überhaupt die nicht tschechischen Offiziere von dieser Begünstigung auszuschließen. Die Regierungsvorlage wurde mit dem Wehrsausschuß beschlossenen Änderungen angenommen.

Telegramme.

Der Lohnkampf in der chemischen Industrie.

Auffig, 26. April. (Eigenbericht.) Die Dienstag abgebrochenen Verhandlungen in der chemischen Industrie wurden Donnerstag um zehn Uhr früh fortgesetzt. Die Unternehmern arbeiteten drei Alternativvorschläge aus, die der Verhandlungskommission vorgelegt wurden. Einer dieser Vorschläge basiert in etwas verbesserter Form auf dem ursprünglichen Unternehmerdiskret, zwei der Vorschläge lehnen sich an einen vom internationalen Verband der Arbeiterschaft in der chemischen Industrie ausgearbeiteten Lohnentwurf an. Die Verhandlungen wurden neuerdings abgebrochen, da sich beide Parteien vorbereiten, ihre endgültige Stellungnahme durch die Gesamtheit der in Betracht kommenden Mitglieder bestätigen zu lassen.

Freitag findet eine allgemeine Versammlung der Vertrauensmänner der Betriebe statt, in der über die Annahme eines der drei Vorschläge oder deren Ablehnung beschlossen wird. Sollte einer der Vorschläge angenommen werden, so wird betriebsweise eine Abstimmung der gesamten Arbeiterschaft erfolgen. Montag früh dürften eventuell die Schlußverhandlungen stattfinden. Sollte einer der Vorschläge angenommen werden, so stünde einer Arbeitsaufnahme am 2. Mai nichts mehr im Wege.

Die Behörden fahren fort, die Unternehmer bei der Ausführung von Streikbrecherarbeiten zu unterstützen. Nachdem bereits in allen bestreikten Betrieben verstärkte Gendarmerieaufgebote vorhanden sind, ist Donnerstag auch in den Solvaywerken ein neues Aufgebot von 20 Mann losgerollt worden, offensichtlich um Streikbrecherarbeiten zu ermöglichen. Insbesondere sollten mehrere Waggons Kohle verladen werden, was durch eine Demonstration der Arbeiter verhindert wurde.

Verhandlungen wegen des Grenzwirtschaftsvertrages mit Ungarn.

Budapest, 25. April. (M.A.B.) In Angelegenheit der ungarisch-tschechoslowakischen Grenzwirtschaftsverträge hat die tschechoslowakische Regierung den Vorschlag der ungarischen Regierung angenommen, daß der wahre Sachverhalt durch eine von ungarischer und tschechoslowakischer Seite zu entsendende gemischte Kommission festgestellt werde. Im Sinne dieser Vereinbarung begibt sich demnächst eine aus drei ungarischen und zwei tschechoslowakischen bestehenden Kommission an Ort und Stelle. Da die tschechoslowakische Regierung trotz ihrer Zustimmung zur Entsendung dieser Kommission die auf die Grenzsperrung sowie auch auf die Ausweisungen bezüglichen präventiven Retorsionsmaßnahmen aufrecht erhalten hat, richtete die ungarische Regierung die Aufforderung an die Prager Regierung, mit Rücksicht auf die Entsendung der Kommission diese Retorsionsmaßnahmen ehestens aufzuheben.

Rumänien und der tschechisch-ungarische Konflikt.

Budapest, 26. April. (M.A.B.) Die rumänische Postdirektion hat die Weiterbeförderung von Telegrammen verweigert, die in Angelegenheit des ungarisch-tschechoslowakischen Grenzwirtschaftsvertrages in der Nationalversammlung eingebrachte Interpellation des Grafen Apponyi und die hierauf erteilte Antwort des Ministers des Inneren Daruvar zum Inhalt hatten. Die rumänische Postdirektion beruft sich auf Art. 7 des internationalen Telegraphenabkommens, der sich auf die Gefährdung der staatlichen Sicherheit und die öffentliche Moral bezieht.

Mussolinis verstärkte Diktatur.

Mailand, 26. April. (Sch. P.-B.) Die faschistischen Blätter preisen Mussolini wegen der Beseitigung der falschen Loge. Nach einem Blatte der Volkspartei ist es klar, daß der Diktator, wenn auch distinkt hinter dem Fiskalen Führer Don Turzo steht, der sich von der Faschisdiktatur losläßt. „Stampa“ erklärt, der Faschismus habe sich entschieden, die Mitarbeit der übrigen nationalen Parteien nicht anzunehmen, und der Turiner Kongreß der Popolari habe den Faschisten Gelegenheit gegeben, einen neuen Schritt zur Verwirklichung der vollen faschistischen Diktatur zu unternehmen. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß dies nach der in ganz Italien am 21. vorgenommenen Inspizierung der Rationalität geschieht ist. „Corriere della Sera“ protestiert gegen die überflüssigen Drohungen der Faschisten und schreibt weiters, die Sozialisten seien niedergeworfen, die übrigen Parteien werden aber ihre „Pflicht erfüllen“ und die Regierung in ihrer Tätigkeit auch dann, wenn sie ausgeschlossen werden, unterstützen. Einige Blätter sind der Ansicht, daß eine Verfassungsänderung geplant wird.

Vor dem Angebot der Reichsregierung.

Berlin, 26. April. (Eigenbericht.) Die Mitteilungen einiger auswärtiger Blätter über das deutsche Angebot eilen den Tatsachen vorans. Die Besprechungen sind noch nicht abgeschlossen und die zur Beschließung eines Angebotes notwendige Sitzung des Reichskabinetts hat noch nicht stattgefunden. Bisher wurde nur mit den Vertretern der Banken, der Industrie und der Landwirtschaft Fühlung genommen. Man erwart-

et noch die Antworten auf eine Umfrage wegen einiger Stellen in Cursons Rede. Der Reichsverband der Industrie hat sich zu Garantien bereit erklärt. Die Volkspartei hielt heute eine Fraktions-sitzung ab, in der sich alle Teilnehmer mit der Auffassung Stresemanns solidarisch erklärten. In derselben Sitzung erklärte Stinnes die Bedingungen, daß er die Stützungsaktion gefordert habe, für böswillige Erfindungen.

Baldwin über die Aussichten auf einen endgültigen Frieden.

London, 26. April. (M.A.) Schatzkanzler Baldwin erklärte gestern in einer Versammlung, daß die Herabsetzung der Staatsausgaben eine riesige sei, sie sei aber eine unbedingt notwendige Aufgabe für das Wohl des Landes. Eine weitere Aufgabe der Regierung sei es, den wirklichen Frieden in der ganzen Welt zu erwirken, der aber natürlich nur auf sich selbst fortschreite. Die Regierung habe ihr Amt in einer sehr kritischen Zeit angetreten, insbesondere soweit es sich um den Krieg im Nahen Osten handelt. Trotzdem sei es ihr aber gelungen, sich dem Frieden auf absehbare Entfernung zu nähern. Als dieser erzielt werden wird, werde man auch eine Besserung des Handels in der ganzen Levante und in allen jenen Ländern erleben, welche seit Beginn des Krieges für den Handel praktisch abgelehrt waren. Hinsichtlich des europäischen Friedens, dessen Erzielung die schwierigste Aufgabe der Regierung bilde, glaubt Baldwin nicht, daß jene vollständige Regelung, welche alle so heiß wünschenswert, bald erzielt werde, doch wachse, wie in Frankreich, Deutschland, Belgien und Italien, so auch in England die Zahl derjenigen, welche begreifen, daß es für Europa und somit für die ganze Welt keine Sicherheit geben könne, solange die Frage der Reparationen und Schulden nicht vollständig erledigt sei. Solange diese Fragen unerledigt bleiben, bleiben der Frieden und die Zivilisation der Welt für solange bedroht, solange in Europa so viel Brennstoffe angehäuft bleiben.

Poincarés Stern im Verblässen.

Berlin, 26. April. (Eigenbericht.) Die Regierung Poincaré läßt durch ihre Presse erklären, sie würde kein Angebot diskutieren, das sich nicht direkt an Frankreich richte oder eine vorherige Klärung des Ruhrgebietes verlange. Die Stimmung in Frankreich scheint aber durchaus nicht mehr einhellig für Poincarés Politik zu sein. So teilt der Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ in Düsseldorf seinem Blatte heute mit, daß unter den französischen Transportarbeitern im Ruhrgebiet, deren Kontrakte, soweit es sich um freiwillige Angestellte handelt, am 5. Mai ablaufen, große Unzufriedenheit herrscht. Der Berichterstatter kommt zu folgenden Schlusfolgerungen: Wenn man am 5. Mai die Massenabreisen der augenblicklich Verpflichteten vermeiden wollte, müsse man schleunigst den Forderungen der Transportarbeiter nachkommen, die sie bereits in der letzten Woche dem Minister Le Troquer vorgelegt haben. Die Arbeiter fordern nämlich, daß man ihren Familien die Möglichkeit verschafft, bei ihnen im Ruhrgebiet untergebracht zu werden. Die Franzosen hätten es also gar nicht nötig, über den neuen Zusammenbruch des deutschen Widerstandes zu reden. Deutschland wünscht zwar das Ende der Ruhraktion und ist bereit, Opfer zu bringen, niemand aber ist für eine Unierwerfung unter den französischen Militarismus.

Ein Anschlag auf einen Eisenbahnzug.

Berlin, 26. April. (Eigenbericht.) Gestern nachts wurde in der Nähe der französischen Lokferne in Essen auf einen Eisenbahnzug der Strecke Essen-Altefeln ein Anschlag verübt. Hierbei wurden drei Deutsche leicht verletzt. Die Täter konnten nicht ermittelt werden. Die französischen Behörden, die den Vorfall als Attentat auf die französische Lokferne ansehen, verlangen die Auslieferung der Täter binnen 3 Tagen, widrigenfalls der Bürgermeister und der Polizeiinspektor dieses Bezirkes ausgewiesen werden.

Die Hafentragler vor dem Staatsgericht.

Berlin, 26. April. (Eigenbericht.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig verhandelte heute über die Beschwerden der deutschvölkischen Freiheitspartei gegen die Auflösungsverfügungen der Ministerien des Innern von Breußen, Sachsen und Thüringen. Das Verbot war damit gerechtfertigt, daß die genannte Partei nur eine Fortsetzung einer Anzahl von verbotenen Verbänden war, so der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der nationalen Verbände deutscher Soldaten u. a. Ferner habe die Partei die Beseitigung des Parlamentarismus auf gewalttätigen Wege verfolgt. Die Führer der Partei bestritten diese Vorwürfe. Gegen Abend wurde die Öffentlichkeit von der Verhandlung ausgeschlossen.

Russisch-deutscher Vertrag über beschlagnahmte Schiffe.

London, 25. April. (Gavas.) Aus Moskau wird gemeldet, daß Lwinow und der deutsche Vorschifter ein den Friedensvertrag von Rapallo ergänzendes Abkommen unterfertigt haben, nach welchem Rußland und Deutschland einander die im Laufe des Krieges beschlagnahmten Schiffe belassen.

Wohin wurden die österreichischen Kronjuwelen verschoben?

Wien, 26. April. (Eigenbericht.) Im Budgetauschuß fragte heute Genosse Leuthner den Innenminister, was über den Verbleib der Juwelen bekannt sei, die Karl Sabsburg in die Schweiz verschleppt hat. Ein Rabinetsrat der Regierung Renner hatte ihre gerichtliche Einverleibung beschlossen. Da die Monarchisten behaupten, daß die Hinterbliebenen des Kaisers sich in Not befinden, wäre es interessant, zu erfahren, wo die Juwelen, deren Wert einem beträchtlichen Teil der Genfer Schuldsomme gleichkommt, sich befinden. Die Regierung wird gefragt, ob sie die gerichtliche Eintreibung aufgegeben hat. Der großdeutsche Minister wick eine Antwort aus, indem er die Angelegenheit als nicht in sein Ressort gehörig bezeichnete. Sie wird also im Parlament neuerlich zur Sprache kommen.

Bankrott auch in Norwegen.

Christiania, 26. April. (M.A.) Zwei Großbanken sind in Schwierigkeiten geraten. Gestern erludte die „Foreningsbanken“ (Andersen og Bergens Kreditbank), sie möge im Sinne des kürzlich abgeleiteten Gesetzes über staatliche Unterstützung schwacher Banken in öffentliche Verwaltung übernommen werden. Das Bankkapital wird von 28 auf 10 Millionen Kronen abgeschrieben werden, die Einleger und Gläubiger erleiden keine Verluste. Infolge der erschütterten Stellung der „Foreningsbanken“ kam auch die „Centralbanken“, auf welche die Einleger einen Ruhr veranlaßten, in Schwierigkeiten. Die Bank stellte ihre Auszahlungen ein und wurde gleichfalls in öffentliche Verwaltung übernommen.

Die internationale Rundgebung der Prager Angestelltenchaft.

Ueber die prächtige internationale Manifestation der freigewerkschaftlich organisierten Angestelltenchaft haben wir in unserer gestrigen Ausgabe kurz berichtet. Heute sei der Versammlungsverlauf ausführlicher wiedergegeben.

Das Präsidium bildeten namens der einberufenden Zentralkomitees der Angestelltenverbände die Abgeordneten Hirsch und Klein. Die beifälligen Zustimmungsrundgebungen, die die Ausführungen der Vorsitzenden wiederholt unterbrachen, setzten gleich zu Beginn die herzliche internationale Gesinnung der Versammlung erkennen, die sich später immer stürmischer äußerte. Nachdem Klein einen Abriss aus der Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe der Prager tschechischen Angestellten gegeben, von ihren Mühen, Leiden und Siegen gesprochen, kam Hirsch zu Wort, der die Zusammenkunft als eine Symbolisierung des großen Solidaritätsgedankens des Weltproletariats würdigte. Hier zeigte sich, daß die Fäden, die der internationale Gedanke vor dem Kriege von einem Lande zum andern spann und die damals so plötzlich zerrißen, uns nun wieder, erneut und fester umschlingen. Das begonnene und unterbrochene Werk setz die in Amsterdam begründete Angestellten-Internationale wieder fort, und dies mit umso größerem Eifer und Tatkraft, je größer und mächtiger die Landesorganisationen sind, über deren sich die Amsterdamer Internationale erhebt. Auf die Verhältnisse im eigenen Lande verweist, hebt der Redner hervor, daß trotz der Mitregierung eines Teiles von Sozialisten der Ausbau der sozialistischen Gesetzgebung zum Stillstand gekommen sei, weil das Parlament die Geschäfte der herrschenden nationalen Kapitalistenklasse besorgt. Mit der Aufforderung, der Phalanx der internationalen Reaktion und Ausbeutung die internationale Einheit und Geschlossenheit entgegenzustellen, schließt Hirsch unter stürmischen Beifall.

Der erste Gastredner ist Genosse Urban (Berlin), der die Größe der deutschen Angestellten überbringt und bemerkt, daß zwischen den Kollegen im besiegten Reich und den Schicksalsgenossen im freigelegten Frankreich weder Feindschaft noch Haß bestehen. Im Ruhrgebiet kämpfen deutsche Arbeiter und Angestellte gegen das Frankreich der Imperialisten und der Reaktionäre, die den Proletariern im eigenen Lande ebenso verfluchen, wie sie es an uns läten, wenn sie unseren Widerstand brächen. Wir wollen nicht, daß sich unseren eigenen kapitalistischen Erzfeinden die französischen Ausbeuter als Helfer hinzugesellen, daß die Hungerpeitsche, die die Stinnes und Thyssen über uns schwingen, sich mit den Bajonetten der Poincaré und Koch wider uns verbindet. Das Beispiel des Lohnabbaues, der von den tschechoslowakischen Ausbeutern gegen alle menschliche Einsicht und Gerechtigkeit praktiziert wird, soll nun auch in Deutschland Schule machen; wie bei Euch, ist auch

unseren „Brotgebern“ der Achtundentag ein Dorn im Auge, Angestelltenchaft das rote Tuch — Sie sehen also: die Liebe, der Ausbeuter, die uns Angestellte ob zu Kaufe oder in der Fremde empfängt, kennt keine Grenzen. (Stürmischer Beifall.)

Vande Plas (Brüssel) spricht von den eigenen Kämpfen gegen die Reaktion in Belgien, die durch den Sieg des Imperialismus übermütiger denn je ist. Er berichtet, daß die belgische Regierung fünfzehn Sozialisten in das Gefängnis warf, weil sie sich gegen die katastrophale Ruhrpolitik wandten. Schließlich stellt er fest, daß die Belgier Seite an Seite mit den deutschen und tschechischen Kollegen für die Besserstellung der Angestellten kämpfen wollen. (Stürmische Zustimmung.)

Smit (Holland) preist in launiger Rede die Vorzüge der wiederhergestellten Internationale, für deren Güte es auch spreche, daß sie Hollands Heimatsrecht genieße. Er mahnt die Angestelltenchaft, auch im eigenen Staate eine kleine Internationale zu errichten. „Wenn alle Deutschen, Slowaken, Tschechen, Polen, Ungarn — ich weiß nicht, ob das schon Euer ganzes Ensemble ist (Geister) — sich zusammenschließen, dann werdet Ihr zu einem der wichtigsten Stützpunkte der großen Internationale werden.“ (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Buisson (Paris) sagt unter anderem: Auch den französischen Angestellten haben Not und Ausbeutung den Weg zur Gewerkschaft finden lassen. An der Spitze unserer Bewegung stehen nicht wenige Kollegen, die früher dem aggressiven Chauvinismus ergeben waren, nun aber, angeleitet von der Brutalität des Krieges und seiner Folgeerscheinungen sich von der nationalen Phrasenlogik abwandten und treue Streiter der Internationale wurden. Er hofft, daß weder die deutschen noch die französischen Arbeiter und Angestellten die Kriegskosten des verberberischen Kapitalismus zahlen werden. (Brausender Beifall.)

Abgeordneter A. Lina (Wien) gesteht, daß er sich trotz der Lundenburger und Smindner Hölle in Prag wie zu Hause fühlt, so stark seien die Bande der Vergangenheit, der gemeinsamen Kämpfe und Siege, die die Prager und die Wiener Bankbeamenschaft geführt und erstritten habe. „Daselbe Schlagwort vom „arbeiten und sparen“, das Euch täglich in die Ohren klingt, diese Kanakweise wurde bei uns zur Regierungsmarine erhoben. Aber warum gehen gerade jene, die so am häufigsten predigen, dieses Gefindel, das sich in jahrelanger Profitgier, durch unerhörte Schieberei und Plündererei bereicherte — warum gehen uns diese Kerle nicht mit gutem Beispiele voran? Wenn die Gesellschaft nur gerettet werden kann, wenn ihre angestrichelten Sabentische arbeiten und sparen, dann ist sie erst recht reif, zugrunde zu gehen. Ich komme aus einem Lande, das eine mächtige Arbeiterbewegung besitzt. Die Reaktion wagt es wohl nicht, offen, die Arbeiterrechte anzufassen, sie benützt die Hintertreppe zum Generalfinancier, den uns Holland besetzte (Smit: er ist auch unser Feind!) und hofft, daß sie auf diesem Umwege uns unter ihren Abgang bringt. Zim m e r m a n n ist heute die Zuflucht aller Ausbeuter und Rückschritter, die ihm überall belagern und animieren, daß er die Sozialpolitik in Oesterreich dringender als alles andere abbaue. Zimmermanns Wort „zeitlicher Ladenausfluß — keine ich nicht!“ kennzeichnet am besten Programm und Gesinnung dieses Mannes.“ Redner fordert schließlich zur Organisationsstrenge und internationaler Solidarität auf. (Stürmischer Beifall.)

Die weiteren Redner — Hallsworth (Manchester), Schweitzer (Berlin) und Seidel (Wien), berichteten über die organisatorischen Verhältnisse ihrer Länder und appellierten gleichfalls an das internationale Solidaritätsgedankens der gesamten Angestelltenchaft.

Mit anfeuernden Schlußreden der beiden Vorsitzenden wurde die herrliche Manifestation der deutschen und tschechischen Angestellten Prags geschlossen.

Tages-Neuigkeiten.

Der Gehentle.

Von Armin I. Wegner.

Sein Gesicht war halb dem Monde zugewendet. Seine Arme hingen mager herab. Es war Nacht, als ich ankam, und ich erblickte ihn gleich, wie ich in die Gasse trat. Nicht neben dem Brunnen hatten sie den Galgen errichtet. An derselben Stelle, wo ich in den hellen Frühlingstagen mit Ismael geseßen, wo er mir auf die Schenkel geschlagen hatte, mir immer von neuem zu sagen: „Du bist mein Sohn.“ Unter den grünen Blättern der Platane, wo Usta, der Schutzbauer, jeden Montag ab: rief um seiner Stirne auf den Schuldenlasten schlug. Ich war auch einmal in die Stadt gekommen: es verlangte mich, Abchied von ihnen zu nehmen. Aber der Platz den ich so geliebt hatte, war leer; und meine Freunde lagen in ihren Holzhäusern und schliefen. An ihrer Stelle stand ich: caea Fot-n. Über seine abgetragenen Kleider hatte man einen reichen Mittel gezogen und auf seiner Brust stand, auf eine zerbröckelte Pappstiel zerbrochen: Im Namen des Padihsahs — Constantin Tsouelos — der den Engländern Brot und Petroleum verkaufte. Tekir-Dagh, den 22. Schawal 1323 der Hedshra.

Und am Morgen, wenn sich der Himmel erhellte, würden sie die Gasse herauskommen, Milchverkäufer und Ekelreiber, Ochsenkarren, hinter denen die Bauern mit lustigem Peitschenknall schritten, Kinder, die in das Beifhaus gin-

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Kreislerkonferenz in Komotau. Am 15. April fand in Komotau eine Kreislergewerkschaftskonferenz statt, an der 102 Delegierte teilnahmen. Den Vorsitz führte Genosse Weigel, der seine Ausführungen mit einem Nachruf für den jüngst verstorbenen verdienten Genossen Guda aus Paderborn begann. Den Tätigkeitsbericht des Sekretariates erstattete Genosse Stütz. Er besprach in erster Linie die Kämpfe mit den Unternehmern, gedachte aber dabei auch der intersektoralen Bildungsarbeit, die in dem Gebiete der Kreislergewerkschaftskommission trotz Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Angriffen der Unternehmer geleistet wurde. Anschließend erstattete Genosse Knauschner den Bericht der Kontrolle und beantragte, der Kommission das Absolutum zu erteilen. In der Debatte über den Bericht sprachen einige Genossen, darunter auch Kommunisten, worauf Genosse Weigel in wirkungsvoller Rede das Ergebnis der kommunistischen Zerpfaltungsarbeit in der Gewerkschaftsbewegung kennzeichnete. Das Tätigkeitsfeld der sogenannten kommunistischen Streikzellen sei besetzt von zerstörten Organisationen. Der Beifall, der die Rede des Genossen Weigel begleitete, bewies, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner des Komotauer Gebietes in ihrer erdrückenden Mehrzahl hinter der Gewerkschaftskommission stehen. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Weigel über die Betriebsausschüsse wurde die erfolgreich verlaufene Konferenz geschlossen.

Konkurse und Ausgleichsverfahren im März. Nach Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes wurden in der Tschechoslowakei im Monate März 82 Konkurse angemeldet, hievon 41 in Böhmen, 27 in Mähren und Schlesien und 14 in der Slowakei und Karpatho-Rußland. In 58 festgestellten Fällen betragen die Aktiva 12,8 Millionen und die Passiva 32,2 Millionen Kronen. In dem gleichen Monate wurden 327 Ausgleichsverfahren angemeldet, hievon 169 in Böhmen, 97 in Mähren und Schlesien, 56 in der Slowakei und 5 in Karpatho-Rußland. Die Aktiva betragen 90,7 Millionen und die Passiva 163 Millionen Kronen.

Die Krise in der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie. In dem jüngst erschienenen Geschäftsberichte der Tschechoslowakischen Agrarbank, der, wie alle Berichte der Banken, durch das, was er mitteilt und noch mehr durch das, was er verschweigt, interessant ist, wird ausgeführt: Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Maschinenwesens hat sich die Krise des Jahres vielleicht am stärksten ausgewirkt. Der landwirtschaftliche Konsum im Inland blieb auf ein Minimum beschränkt infolge der Krise, der Steuerbelastung und der Bodenreform. Das ausländische Geschäft stockte gänzlich infolge der Kronensteigerung und in der Mehrzahl der früheren Absatzgebiete hörte fast jede Nachfrage nach tschechischen Maschinen auf. Neben dem eigenen Geschäft mit landwirtschaftlichen Maschinen litten unter diesen Verhältnissen auch die eigenen Maschinenfabriken sowie die beiden landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, die von dem Institut finanziert werden, nämlich die landwirtschaftliche Maschinenfabrik vormals Dobry in Jungbunzlau und die Agrofarma. Diese Maschinenfabriken haben ebenso wie andere gleichartige Fabriken mit Verlust gearbeitet.

Was geht in der Fleischer- und Selcherbank vor? Wie die „Kar. List“ melden, hat die Fleischer- und Selcherbank gegenüber den Abhebungen der Einlagen „Maßnahmen“ durch Erweiterung des Verwaltungsrates getroffen, in den ein halbes Dutzend stadtbekannter Wurstwarenfabrikanten neu eingetreten sind. Durch den Zustuß der vielen Millionen Kronen, die durch die neuen Großfelder Verwaltungstätigkeitsrepräsentanten erscheinen, — ein gesundes Geschäft, die Wurstherstellung! — soll erreicht werden.

daß die in der letzten Zeit erfolgten Massenabhebungen von Einlagen aufhören und man hofft, daß sogar neue Einleger hiezu kommen.

Oesterreich schränkt die Textilwareneinfuhr aus der Tschechoslowakei ein. Oesterreich hat in den letzten Tagen die Einfuhr von Textilwaren aus der Tschechoslowakei wesentlich eingeschränkt, teils aus valutarischen Gründen, teils wegen hinreichender Warenbestände. Auch die herannahenden Handelsvertrags-Verhandlungen sollen hier eine Rolle spielen.

Der Kampf der mitteleuropäischen Industrie um das polnische Absatzgebiet. In der letzten Zeit kommen nach Polen Vertreter ausländischer vornehmlich tschechoslowakischer, deutscher und österreichischer Firmen, die in Polen Industriezweige anbieten, deren Bezug aus dem Auslande sich derzeit billiger stellt als im Inlande. Besonders lebhaft interessiert sich die tschechoslowakische Textilindustrie und die deutsche Maschinenindustrie für den Absatz ihrer Erzeugnisse in Polen.

Sachsen beteiligt sich an der sächsisch-böhmischen Schifffahrtsgesellschaft. Der sächsische Landtag hat Donnerstag in seiner Sitzung die Vorlage einer Vorlage verabschiedet, nach welcher sich der sächsische Staat an der neugegründeten sächsisch-böhmischen Dampfschifffahrtsgesellschaft beteiligt. Es soll damit einer etwaigen Einstellung der Personendampfschifffahrt und einer damit verbundenen Entlassung des Personals vorgebeugt werden.

Der Schneiderstreik in Graz mit Erfolg beendet. Die Großfirmen der Herren- und Damenmodenbranche haben in eine zehnprozentige Lohnerhöhung eingewilligt. Die Schneider und die Schneiderinnen haben das Angebot angenommen und den Streik abgebrochen.

Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Das britische Arbeiterblatt (Labour Gazette) für März 1923 teilt mit, daß die regelmäßig an das Arbeitsministerium berichtenden Gewerkschaften zu Ende Februar 1.188.041 Mitglieder hatten, von denen 155.165 arbeitslos waren. Im Durchschnitt waren 13,1 Prozent arbeitslos, verglichen mit 13,7 Prozent Ende Januar 1923 und 16,3 Prozent Ende Februar 1922. Gegenüber dem Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit im Bergbau am meisten zurückgegangen; hier betrug die Arbeitslosigkeit im Februar d. J. 6,1 Prozent, im Februar 1922 aber 13,7 Prozent. Die Besserung im britischen Bergbau ist zweifellos eine Folge der französisch-belgischen Ruhraktion. Von den 11.750.450 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen waren Ende Februar 1923 1.388.860 oder 11,8 Prozent arbeitslos, verglichen mit 12,7 Prozent Ende Januar. Der Unterschied macht nicht

ganzt 1 Prozent aus. Im Kohlenbergbau sank die allgemeine Arbeitslosigkeit von 4,5 Prozent auf 4,1 Prozent. In diesen Zahlen kommt der Einfluß des Ruhrfeldzuges weniger deutlich zum Ausdruck als in der gewerkschaftlichen Statistik.

Die Auspörrung in der englischen Schiffbauindustrie vermieden. Die drei Gewerkschaften der Tischler, Kesselschmiede und Klempner der Schiffbauindustrie, die es bisher abgelehnt hatten, das allgemeine Abkommen betreffend die Ueberstunden und die Nachtarbeit anzunehmen, so daß eine allgemeine Silllegung der Schiffbauindustrie drohte, haben beschloffen, die Gewerkschaftsbedingungen anzunehmen.

Ein großer Hafenarbeiterstreik in Nordamerika. Der Streik der Hafenarbeiter hat Mittwoch begonnen. Außer in New York sind bis jetzt auch in anderen östlichen Häfen Schwierigkeiten entstanden. Die Hafenarbeiter der Häfen des Stillen Ozeans haben sich der Streikbewegung angeschlossen.

Dev'enturse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Swiss. Frank	16,30 00
Berlin	Mark	805,00
Wien	öherr. Kr.	2125,00

Prager Kurse am 26. April.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1337,00	1341,00
10.000 Mark	10,37 50	12,37 50
100 belg. Franken	194,25	195,75
100 schwed. Kronen	91,25	91,75
1 Pfund Sterling	157,87 50	159,37 50
100 Lire	168,75	170,25
1 Dollar	34,10 00	34,50 00
100 franz. Franken	230,25	231,75
100 Dinar	35,00,00	35,50 00
1000 ungar. Kronen	92,00 00	93,00 00
10.000 poln. Mark	6,55 00	7,05 00
10.000 öherr. Kronen	4,62 00	5,12 00

Züricher Schlusskurse am 26. April.

	Geld	Ware
Paris	36,95 00	37,05 00
London	25,43 00	25,45 00
Berlin	0,01 90 00	0,02
Mailand	27,00 00	27,10 00
Holland	214,00	214,50
Wien	0,00,76 12	0,01,77 23
Budapest	0,09 50	0,10 50
Straß	16,27 50	16,32 50
New York	5,45 00	5,49 00
Belgrad	5,6 00	5,70 00
Warschau	0,01,12 00	0,01,25 00
Wien gelt.	0,00 00	0,00 00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Freitag, Gastspiel Schwarz-Dejwig „Laska“; Samstag, halb 3 Uhr, Urania-Kassilervorstellung „Der Traum ein Leben“, 7 Uhr, Gastspiel Leopold Kramer „Der Widerspenstigen Zähmung“; Sonntag, 5 Uhr, Gastspiel Dejwig-Reicher „Die Weisheitsfinger von Nürnberg“.

Kleine Bühne. Heute, Freitag, Bankbeamtenverband-Vorstellung Werfels „Schweiger“; morgen Samstag und Sonntag nachmittags Gastspiel Morgan „Einakter“; Sonntag, halb 8 Uhr, Gastspiel Pepi Glöckner „Die kleine Sänderin“.

Gastspiel Friß Rafferty ab Samstag, den 3. Mai in der Titelpartie der neuen Fall-Operette „Madame Pompadour“ am Neuen Deutschen Theater.

Kleine Bühne. Heute, Freitag, Vorstellung des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten: „Schweiger“. Festliche Karten an der Abendkasse.

Aus der Partei.

Das „Auffiger „Volkrecht““ veröffentlicht einen Bericht über die vor einigen Tagen stattgefundene Plenarversammlung der Auffiger Parteigenossen, in der mitgeteilt wurde, daß das „Volkrecht“ in den letzten Tagen über 300 Abnehmer gewonnen hat. Ein schöner Erfolg, der den Genossen von überall als Beispiel in ihrer Werbetätigkeit für die Parteipresse diene.

Bereinsnachrichten.

Localorganisation Prag VII. Freitag, den 27. April 1923 Diskussionsabend über die augenblickliche Situation im Gasthause „U Akademie“. Reduktion. Anfang 8 Uhr abends.

Turnen und Sport.

TSC. gegen Sparta. Samstag nachmittags tritt der TSC. der Prager Sparta entgegen. Die Mannschaften spielen in folgender Aufstellung: Sparta: Petr, Foier, Janda, Kelenaw, Koda, Cerveny, Stepan, Sajn, Molech, Dvoracek, Meduna. TSC.: Gieser, Kuchynka, Wadler, Rabrer, Carlsson, Krompholtz, Pabor, Patek, Vch. Sch. Keller.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cerman. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holth.

Die ganze Welt kennt den **hellen Kopf**



als **Schutzmarke des besten Backpulvers** „Backin“

Man schreibe um gratis Receptbuch T an. Dr. Oetker's Backpulverwerke Referat Nr. 136 Brünn. 1574

Bio-Programm vom 27. April bis 3. Mai.

SANSOUKI Pathé Journal Aufnahme aus d. ganzen Welt. Premiere: **Der goldene Galgen** Universal. Drama mit Miss du Pont. — Original-Fantastikproduktion d. berühmten Tänzerin Anita Berber u. Sebastian Dröste (Mordm., Die Nacht der Lucia, Die Gorgon, Märtyrer, Vision, Kokain, Astarte, usw.) 146

Lido Jackte Coogan, in **„Oliver Twist“** Drama eines armen Waisenkindes in 8 Akten.

NUR **VITELLO** DELIKATESSE-MARGARINE



GLEICHT DER FEINSTEN TEEBUTTER

Wo verkehren wir?

- Café Continental, in Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, in Prag-Metazanta.
- Gastwirtschaft **Deutsches Vereinshaus** Prag, Smecny 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft **„Lidový dům“** der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich. in **PRAG II.**, Hybernská Konzert. Nr. 7.

Café **„Nizza“** Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau. **CAFÉ EUROPE** Bahnhofstraße.

Stadt- und Dorfgemeinde fordern

die Verantwortung einer Annahme von Verwaltungskosten. **Roas's Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der

Buchhandlung **Freiheit** Teplitz-Schönau Theresienstraße 18.

Die **Vollbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad**

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**

Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden **raschest geliefert.**

Inserieren Sie im **„Volkfreund“!**



Palmolive Kautschukabsätze and Kautschuksohlen

Schon die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen!